

miert wie gerade heute. Schon vor einigen Jahren schrieb ein westdeutscher Journalist, daß „die Springer-Presse ihre Leser dumm wie Hühner und blutrünstig wie die Wölfe“ mache. Meinungsäußerungen Andersdenkender und Vernünftiger werden durch die imperialistischen Meinungsmacher unterdrückt oder auch durch den staatsmonopolistischen Herrschafts- und Lenkungsapparat verboten. Es erweist sich jedoch, daß die Formierung dieses „gesamtgesellschaftlichen“ Bewußtseins für das Monopolkapital eines der kompliziertesten Probleme

Notstandsgesetze — Bestandteil staatsmonopolistischer Herrschaft

„Formierte Gesellschaft“ und ständiger Abbau demokratischer Rechte des Volkes und weiterer Ausbau des staatsmonopolistischen Obrigkeitsstaates sind eine Einheit. Durch das Verbot der KPD und vieler anderer demokratischer Organisationen, durch zahlreiche Gesinnungsprozesse und Rufmorde kann man ihren Entwicklungsweg verfolgen. Unter dem Vorwand einer angeblich notwendigen Stärkung der staatlichen Autorität wird gerade gegenwärtig mit der Notstandsgesetzgebung Kriegsrecht in Friedenszeiten eingeführt. Alle Schichten der westdeutschen Bevölkerung, die nicht auf die Politik der Monopole freiwillig einschwenken, und die wie der DGB auf dem 7. Kongreß gegen die Notstandsverfassung Stellung nehmen, werden von der CDU/CSU als „innere Bedrohung“ oder gar als „innere Feinde“ verketzert. Entgegen solchen Stimmen, wie die des Nobelpreisträgers Max Born, des Philosophen Jaspers und des millionenfach geäußerten Willens der westdeutschen Bevölkerung, entgegen der Haltung

ist. Das „Handelsblatt“ vom 2. Oktober 1965 stellt mit Bedauern fest, daß sich „geistige Einstellungen nicht kommandieren“ lassen. Es kommt zu der Schlußfolgerung: „Wenn sich die Gruppen und Verbände nicht freiwillig auf ein solches Unterfangen einigen, dann muß man damit rechnen, daß der Staat eines Tages mit eiserner Faust durchgreift.“ Und in der Tat, die Notstandsgesetze sind die „eiserne Faust“, mit der in der „formierten Gesellschaft“ eine neue Etappe in der Kriegsvorbereitung und Staatsstreichpolitik eingeleitet wird.

der Gewerkschafter will die CDU/CSU mit Hilfe von Wehner, Schmidt und anderen Vertretern der SPD die Notstandsgesetzgebung durchpeitschen.

Die Notstandsgesetze sind eines der wichtigsten Kernelemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie gehören zum Programm der „formierten Gesellschaft“ ähnlich wie Ermächtigungsgesetze und Notverordnungen zum Faschismus. Genosse Walter Ulbricht hat sowohl auf dem 11. wie auch auf dem 12. Plenum eindringlich erklärt, daß die Notstandsgesetze den Sinn haben, mit brutaler Gewalt die Gewerkschafter und alle oppositionellen Kräfte in Westdeutschland zu „formieren“, das heißt auf das von den Monopolen bestimmte „Gemeinwohl“ festzulegen.

In diesem reaktionären Vorhaben spielen die „modernen Techniken des Regierens“, wie sie Erhard verlangt, eine besondere Rolle. Wenn er daher in letzter Zeit wiederholt davon gesprochen hat, daß eine „Reform der deutschen Demokratie“ notwendig sei, so in

erster Linie zu dem Zweck, seine eigenen Machtbefugnisse zu erweitern. Deshalb forderte er auch auf dem 14. Parteitag eine Reform der „parlamentarischen Arbeit und der Regierungstätigkeit“. Er geht noch weiter: Weil die Parteien jede Kritik und auch den letzten Schein einer oppositionellen Haltung aufzugeben haben, verlangt Erhard genauso eine Parteienreform, deren Sinn es ist, die SPD, obgleich sie gemeinsam mit der CDU/CSU in einer trostlosen Sackgasse sitzt, faktisch zu einem Fremdkörper abzustempeln, wie es Wilhelm II. und Hitler gegenüber den Arbeiterparteien in Deutschland taten. Weil schließlich die Kriegsvorbereitung Geld kostet und der Profitierung der Monopole kein Maß kennt, müssen andere Dinge, zum Beispiel Bildungswesen, Gesundheitswesen usw. zurückstehen. Da jedoch von den Gemeinden und Ländern Widerstand zu erwarten ist, soll eine in Kürze erfolgende Finanzreform die Rechte der Gemeinden und Länder radikal beschneiden.

Die Notstandsgesetzgebung soll also alle Hindernisse aus dem Wege räumen, die heute noch der Kriegs-, Revanche- und Expansionspolitik entgegenstehen. Sie hebt alle jene Grundsätze auf, die im Bonner Grundgesetz zu unabänderlichen Prinzipien der Verfassung erklärt wurden.

Die Einschätzungen von Marx, Engels und Lenin über das Wesen des Kapitalismus und Imperialismus haben auch heute volle Gültigkeit. Die „formierte Gesellschaft“ — das ist eben der gegenwärtige vollentfaltete staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland.

Klaus Gäbler

Dr. Arno Schoen